

"Karlismus" : zur gescheiterten Gründung einer "evangelischen Volkspartei" in der Spätphase des Kaiserreichs

Autor(en): **Kuhlemann, Frank-Michael**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte =
Revue suisse d'histoire religieuse et culturelle = Rivista svizzera di
storia religiosa e culturale**

Band (Jahr): **106 (2012)**

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-390502>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Karlismus». Zur gescheiterten Gründung einer «evangelischen Volkspartei» in der Spätphase des Kaiserreichs

Frank-Michael Kuhlemann

Die Geschichte des Protestantismus in Deutschland ist von der älteren Forschung nicht selten als die Geschichte eines politischen Defizits geschrieben worden. Einflussreiche Autoren haben einen Interpretationsansatz entwickelt, nach dem der deutsche Protestantismus, im Vergleich mit westeuropäischen Entwicklungen, weitgehend rückständig, vornehmlich an der Erhaltung obrigkeitstaatlicher Ordnungen und der Verteidigung überkommener Sozialvorstellungen orientiert gewesen sei. Im Kontext solcher Vorstellungen wurde zum Teil auch auf ein quietistisches, «über den Parteien» stehendes theologisches und politisches Selbstverständnis maßgeblicher protestantischer Akteure verwiesen, dessen Implikationen in einer folgenschweren Kapitulation vor der «Dämonie der Macht» bestanden hätten. Solche Interpretationen, die nicht selten im Kontext weitreichender Thesen über einen «deutschen Sonderweg» ins Feld geführt worden sind, können zwar nicht als vollständig überwunden gelten.¹ Sie sind gleichwohl, nicht zuletzt aufgrund neuerer sozial- und kulturgeschichtlicher Ansätze in der Protestantismusforschung, inzwischen deutlich relativiert worden.

In der jüngeren Forschung zeichnet sich das Bild eines politisch, sozial und kulturell vielfältig fraktionierten Protestantismus ab, mit zum Teil durchaus wegweisenden, ebenso wie retardierenden Politikvorstellungen und Sozial-

¹ Vgl. Ernst Troeltsch, *Die Bedeutung des Protestantismus für die Entstehung der modernen Welt* (1906), ND Aalen 1963; Fritz Fischer, *Der deutsche Protestantismus und die Politik im 19. Jahrhundert*, in: *Historische Zeitschrift*, 171 (1951), 473–518; Jonathan R.C. Wright, «Über den Parteien». Die politische Haltung der evangelischen Kirchenführer 1918–1933, Göttingen 1977; zum Begriff der «Dämonie der Macht»: Gerhard Ritter, *Die Dämonie der Macht*, Stuttgart 1947. Mentale Vorbehalte gegenüber parteipolitischem Handeln sind für Teile des Protestantismus unlängst noch einmal unterstrichen worden von: Michael Klein, *Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945 bis 1963*, Tübingen 2005.

ideen.² Zunehmend wird in neueren Arbeiten auch die Pfarrerschaft als eine bedeutende soziale Formation in den Blick genommen, die den Durchsetzungsprozess moderner religiöser, kirchenrechtlicher, politischer und auch ökonomischer Ordnungsprinzipien nicht zuletzt auf der Basis bürgerlicher oder auch zivilgesellschaftlicher Kultur- und Politikideale kritisch begleitet hat.³

Der folgende Beitrag steht im Kontext der hier angeschnittenen Fragen.⁴ Er nimmt eine von der Forschung bisher nur am Rande betrachtete Gruppierung «politischer Pastoren» («Karlisten») in den Blick, die sich im Großherzogtum Baden im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg als eine politische Protestbewegung formiert hatte. Ihr Ziel bestand in der Wahrnehmung sowohl kirchlicher als auch sozialer (standespolitischer) Interessen und darüber hinaus in der Gründung einer «evangelischen Volkspartei».

Das sich damit auftuende Forschungsfeld gewinnt seine Bedeutung aus dem Sachverhalt, dass wir es bei der Gruppe der «Karlisten» nicht nur mit einer geographisch unbestritten süddeutschen, sondern – auch hinsichtlich der politischen und kulturellen Mentalitäten – explizit antipreußischen politischen Pastoren-

² Aus der Vielzahl der neueren Literatur hier nur: Friedrich Wilhelm Graf, *Der Protestantismus. Geschichte und Gegenwart*, München 2006; Lucian Hölscher, *Geschichte der protestantischen Frömmigkeit in Deutschland*, München 2005; Günter Brakelmann/Traugott Jähnichen (Hg.), *Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft. Ein Quellenband*, Gütersloh 1994.

³ Vgl. Luise Schorn-Schütte/Walter Sparr (Hg.), *Evangelische Pfarrer. Zur sozialen und politischen Rolle einer bürgerlichen Gruppe in der deutschen Gesellschaft des 18. bis 20. Jahrhunderts*, Stuttgart u.a. 1997; Jens Bruning, *Evangelische Geistlichkeit und pädagogische Praxis. Bemerkungen zur Rolle einer privilegierten Statusgruppe in der ständischen Gesellschaft des 18. Jahrhunderts*, in: *Jahrbuch für Historische Bildungsforschung*, 7 (2001), 131–160; Klaus Erich Pollmann, *Landesherrliches Kirchenregiment und soziale Frage. Der evangelische Oberkirchenrat der altpreußischen Landeskirche und die sozialpolitische Bewegung der Geistlichen nach 1890*, Berlin 1973; Frank-Michael Kuhlemann, *Bürgerlichkeit und Religion. Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der evangelischen Pfarrer in Baden 1860–1914*, Göttingen 2001; Dimitrij Owetschkin, *Die Suche nach dem Eigentlichen. Studien zu evangelischen Pfarrern und religiöser Sozialisation in der Bundesrepublik der 1950er bis 1970er Jahre*, Essen 2011; Claudius Kienzle, *Mentalitätsprägung im gesellschaftlichen Wandel. Evangelische Pfarrer in einer württembergischen Wachstumsregion der frühen Bundesrepublik*, Stuttgart u.a. 2012. Oliver Janz hat die preußischen Pfarrer in deutlicher Distanz zu bürgerlichen Wertorientierungen und Verhaltensweisen verortet (*Bürger besonderer Art. Evangelische Pfarrer in Preußen 1850–1914*, Berlin/New York 1994). Zum politischen Protestverhalten Geistlicher gegen den modernen Verfassungsstaat am Beispiel Hessens: Robert von Friedeburg, «*Ecclesia renitens*». *Evangelische Pfarrer im Vormärz. Soziale Stellung und politisches Handeln in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Das Beispiel Kurhessen*, in: Schorn-Schütte/Sparr (Hg.), *Evangelische Pfarrer*, 77–97.

⁴ Es handelt sich um die gekürzte und modifizierte Darstellung von Teilergebnissen meines Beitrags: *Kultur und Politik im badischen Protestantismus. Zur Bedeutung von Pfarrerschaft und Vereinswesen für die Ausdifferenzierung der bürgerlichen Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, in: Udo Wennemuth (Hg.), *Mission und Diakonie, Kultur und Politik. Vereinswesen und Gemeinschaften in der evangelischen Kirche in Baden im 19. Jahrhundert*, Karlsruhe 2004, 97–215.

gruppe zu tun haben.⁵ Diese suchte – unter den gegebenen Bedingungen des süddeutschen Konservativismus und in einem schwierigen politischen Spagat – eine Position zwischen politischem Liberalismus, Konservativismus und Katholizismus zu finden. Der Beitrag fragt sowohl nach dem Selbstverständnis als auch den konkreten politischen Verhaltensweisen dieser Pfarrer. Es ist darüber hinaus sein Ziel, die «karlistischen» Pastoren vor dem Hintergrund der älteren Thesen eines entweder obrigkeitsstaatlich fixierten oder überparteilichen, zumindest quietistischen Politikverhaltens zu untersuchen. Andererseits sind ihre durchaus konservativen, zum Teil antibürgerlichen Sozialorientierungen und Gesellschaftsvorstellungen in den Blick zu nehmen.

Das Interessante an den hier vorgestellten Pfarrern ist vor allem wohl, dass sie sich kaum in gängige oder schlichte Interpretationsangebote wie rückständig oder fortgeschritten, konservativ oder liberal einordnen lassen. Sie entziehen sich einer einseitigen milieuspezifischen Zuordnung, jedenfalls im Sinne der für die Milieus typischen sozialkulturellen Orientierungen. Und es soll am Schluss der Versuch unternommen werden, die untersuchten pastoralen Einstellungen und Verhaltensweisen im Rahmen eines Konzepts politischer Bürgerlichkeit einzuordnen, das – einerseits im Kaiserreich tief verwurzelt – andererseits geradezu demokratisch anmutende, emanzipatorisch-oppositionelle Potentiale aufweist, orientiert am Ideal eines modernen Staatsbürgertums. Bevor auf den «Karlismus» näher einzugehen ist, sind einige wenige Bemerkungen zum Verhältnis zwischen Pfarrern, Religion und Politik in Baden, vor dem Hintergrund der dortigen Entwicklung, notwendig.

*Pfarrer, Religion und Politik im Großherzogtum Baden
von den 1860er Jahren bis zum Ersten Weltkrieg*

Als Grundtatsache der politischen Entwicklung im Großherzogtum Baden hat zu gelten, dass der politische Liberalismus als Regierungspartei die Politik seit den 1860er Jahren für mehr als ein halbes Jahrhundert bestimmte. Anders als in Preußen hatte sich hier schon seit dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts ein starker, liberaltheologisch geprägter Protestantismus formiert, der dann – zusammen mit dem politischen Liberalismus – die Neuorientierung der badischen Politik seit den 1860er Jahren unterstützt hat. Dieser politische Protestantismus stand – zunächst in Form des *Protestantenvereins* und danach in Form der *Kirchlich-liberalen Vereinigung* – in allen relevanten politischen und ökonomischen

⁵ Zur Geschichte evangelischer Parteien in Deutschland: Walter Braun, *Evangelische Parteien in historischer Darstellung und sozialwissenschaftlicher Beleuchtung*, Heidelberg 1939; Günter Opitz, *Der Christlich-soziale Volksdienst. Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1969; vgl. auch Heinz Boberach, *Pfarrer als Parlamentarier. Evangelische Theologen in der Deutschen Nationalversammlung, im Reichstag und im Bundestag*, in: Joachim Mehlhausen (Hg.), «...und über Barmen hinaus». Studien zur kirchlichen Zeitgeschichte. Festschrift für Carsten Nicolaisen zum 4. April 1994, Göttingen 1995, 40–62.

mischen, vor allem in den kulturpolitischen Fragen hinter dem regierenden Liberalismus, ja man kann geradezu von einem engen formellen und informellen Bündnis zwischen weiten Teilen der liberalen Pfarrerschaft und den politischen Liberalen sprechen.⁶

Neben dem liberalen Protestantismus fanden sich in Baden, vor allem unter dem Eindruck des Kulturkampfes, auch konservative Gruppierungen zu kirchenpolitischen Organisationen zusammen. Die wichtigste von ihnen bestand in der *Evangelischen Konferenz*. Zahlenmäßig und hinsichtlich seiner organisatorischen Struktur blieb der konservativ-«positive» Protestantismus aber lange Zeit eher unbedeutend und war, nicht zuletzt aufgrund der politischen Grundentscheidungen der 1860er Jahre, arg in die Defensive gedrängt. Typisch für die badische Situation, hat sich auch im konservativen Protestantismus eine weitreichende Allianz von kirchlichem und politischem Konservativismus herausgebildet. Das zeigte sich nicht nur in der wechselseitigen Unterstützung von kirchlicher und politischer Publizistik, sondern in den Wahlkämpfen, in denen die theologisch «positiven» Pfarrer die konservativen Parteien unterstützten, ebenso wie die liberalen Geistlichen Wahlkampf für die Nationalliberalen machten. Baden kann mit einigem Recht als das «Land der politischen Pastoren» gelten.⁷

Für die langfristige Entwicklung des Verhältnisses von Pfarrern, Religion und Politik ist es nun wichtig zu betonen, dass sich – bezogen auf den politischen Liberalismus – das lange Zeit ungetrübte Verhältnis zwischen den politisch Liberalen und den kirchlich Liberalen zunehmend verschlechterte. Das hing mit grundlegenden Veränderungen der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung, nicht zuletzt mit der voranschreitenden Ausdifferenzierung unterschiedlicher gesellschaftlicher Wertsphären und einem sich immer deutlicher Geltung verschaffenden Autonomieanspruch der Politik zusammen. So kam es um die Jahrhundertwende zu diversen Konflikten und sozial-religiösen, maßgeblich von Geistlichen getragenen Protestbewegungen, die z.T. in Versuche einer parteipolitischen Neuorientierung mündeten.

Zunächst waren das die Pfarrer, die sich, wie auch anderswo, den politisch-sozialen Ideen Friedrich Naumanns angeschlossen hatten. In Baden zeigte sich die Sympathie für Naumann etwa in der *Landeskirchlichen Konferenz*, einer theologisch zwischen positiver und liberaler Theologie vermittelnden kirch-

⁶ Vgl. Josef Becker, *Liberaler Staat und Kirche in der Ära von Reichsgründung und Kulturkampf. Geschichte und Strukturen ihres Verhältnisses in Baden 1860–1876*, Mainz 1973; Claudia Lepp, *Protestantisch-liberaler Aufbruch in die Moderne. Der deutsche Protestantenverein in der Zeit der Reichsgründung und des Kulturkampfes*, Gütersloh 1996; Kuhlemann, *Bürgerlichkeit* (wie Anm. 3), passim.

⁷ Vgl. Matthias Riemenschneider, *Die Geschichte der kirchlich-positiven Vereinigung in Baden*, in: Hermann Erbacher (Hg.), *Beiträge zur kirchlichen Zeitgeschichte der Evangelischen Landeskirche in Baden*, Karlsruhe 1989, 1–89; Stefan Ph. Wolf, *Konservativismus im liberalen Baden. Studien zur badischen Innen-, Kirchen- und Agrarpolitik sowie zur süddeutschen Parteiengeschichte 1860–1893*, Karlsruhe 1990, passim; Gangolf Hübinger, *Kulturprotestantismus und Politik. Zum Verhältnis von Liberalismus und Protestantismus im wilhelminischen Deutschland*, Tübingen 1994, passim, Zitat 96.

lichen Partei.⁸ Darüber hinaus avancierte der nationalsoziale Ansatz Friedrich Naumanns in Form seines *Nationalsozialen Vereins* (1896–1903) besonders in den beiden Städten Heidelberg und Mannheim zu einer gewissen Bedeutung. Dort hatten sich einige Geistliche, in Abkehr vom politischen Liberalismus, für die sozialen Rechte der Arbeiterschaft eingesetzt und insgesamt das Konzept eines sozialpolitisch engagierten Protestantismus vertreten. Insgesamt blieb das nationalsoziale Experiment Naumanns aber relativ bedeutungslos und kam auch in Baden über einen «Embryonalzustand» nicht hinaus.⁹

Unabhängig von den nationalsozialen Pfarrern hatte sich – nach der Jahrhundertwende – noch eine zweite, maßgeblich von Pastoren getragene Protestbewegung formiert. Bei diesen Geistlichen verstärkte sich zunehmend der Eindruck, dass der politische Liberalismus vor allem in religiöser Hinsicht indifferent sei. Der liberale Pfarrvikar Rudolf Wielandt konstatierte in einer stark beachteten Schrift im Jahre 1908, dass die Religion für die Liberalen immer unwichtiger geworden sei, nachdem sich die «politische und religiöse Begeisterung» früher doch gepaart hätten. Stattdessen würden die Liberalen nur noch «Interessenpolitik» betreiben, und es sei dringend eine Rückkehr zu den alten Prinzipien einer auch religiös motivierten Politik zu empfehlen. Dieser Überzeugung entsprechend, hatten sich einige Vertreter der um Wielandt und den einflussreichen liberalen Pfarrer (Dekan) Otto Raupp organisierten Pastorengruppe im Jahre 1910 in einem parteiinternen Treffen mit der politischen Führung der Nationalliberalen darauf verständigt, die Belange von Kirche und Religion in Zukunft wieder stärker zu berücksichtigen.¹⁰

Außer der parteipolitischen Sezession der nationalsozialen Pfarrerschaft und den Protesten der religiös-liberalen Pfarrerguppe um die Geistlichen Wielandt und Raupp kam es in Baden nach der Jahrhundertwende nun noch zu der hier interessierenden Protestströmung der «Karlisten». Auch die «Karlisten» verdankten ihre Existenz der Unzufriedenheit mit dem regierenden Liberalismus. Charakteristisch war ihr Versuch, auf dem Boden eines kirchlich akzentuierten, freikonservativen, in mancherlei Hinsicht dem politischen Katholizismus gegenüber aufgeschlossenen Programms eine «evangelische Volkspartei» zu begründen.

Die Politisierung der «Karlisten» hatte sich – wie im Übrigen schon der Protest der Wielandt-Gruppe – als Konsequenz aus der in Baden zwischen 1905 und 1914 praktizierten, so genannten Großblockpolitik ergeben. Im badischen «Großblock» war der regierende Liberalismus mit der Sozialdemokratie ein historisches, am Vorbild des englischen «new liberalism» orientiertes Reformbündnis eingegangen. Im Zuge dieser Politik traten kultur- und kirchenpolitische

⁸ Vgl. Korrespondenzblatt der Landeskirchlichen Vereinigung (KbkLKV) (1897), 1–6.

⁹ Vgl. Badische Post, in: Landeskirchliches Archiv (LKA) Karlsruhe GA 779. Grundlegend: Ekkehard Lorenz, Kirchliche Reaktionen auf die Arbeiterbewegung in Mannheim 1890–1933. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der evangelischen Landeskirche in Baden, Sigmaringen 1987.

¹⁰ Vgl. Rudolf Wielandt, Der politische Liberalismus und die Religion. Eine Mahnung an den deutschen Liberalismus, Göttingen 1908; Generallandesarchiv (GLA) Karlsruhe 69 P 36, 196.

Fragen auf die politische Tagesordnung, die von vielen Konservativen als eine Bedrohung für die noch gefestigte politische und gesellschaftliche Stellung der Kirchen angesehen wurden.¹¹ Diese Herausforderung, aber auch der Umstand, dass der Liberalismus in Baden als Regierungspartei seit 1860 über mehr als ein halbes Jahrhundert hinweg die Politik maßgeblich bestimmt hatte, lassen das Großherzogtum Baden daher in mehrfacher Hinsicht als ein ungewöhnliches Experimentierfeld für das politische Handeln des deutschen Protestantismus erscheinen. Der Protest der karlistischen und der anderen Pfarrer am Liberalismus steht aber auch – und insofern lässt er sich in allgemeine, über Baden hinausreichende Entwicklungen einordnen – im Kontext dessen, was die Forschung als einen mehrfachen Gestaltwandel des Liberalismus am Ende des 19. Jahrhunderts, mit Beschreibungen wie Krise, Verfall oder auch Substanzverlust, analysiert hat.¹² Schließlich ist er, wie bereits angedeutet, im Kontext weiterführender politischer Optionen zu verorten, die die Milieugrenzen tendenziell in Frage stellten. Sehen wir also zu.

*Charakteristika und Entwicklungen des «Karlismus» –
zwischen Liberalismus, Konservativismus und politischem Katholizismus*

Ihren Anfang nahm die Bewegung, die nach ihrem Gründer, dem ehemals nationalliberalen Pfarrer Wilhelm Adam Karl bald als «Karlismus» bezeichnet wurde, mit einer Flugschrift Karls aus dem Jahre 1908, in der er die Politik der Nationalliberalen Partei, insbesondere die im «Großblock» mit der Sozialdemokratie praktizierte Kultur- und Kirchenpolitik, scharf attackierte.¹³ Karl artikuliert damit ein allgemeines Unmutspotential innerhalb der liberalen Pfarrerschaft, das

¹¹ Vgl. Jürgen Thiel, Die Großblockpolitik der Nationalliberalen Partei Badens 1905 bis 1914. Ein Beitrag zur Zusammenarbeit von Liberalismus und Sozialdemokratie in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands, Stuttgart 1976.

¹² Vgl. Gangolf Hübinger, Hochindustrialisierung und die Kulturwerte des deutschen Liberalismus, in: Dieter Langewiesche (Hg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Göttingen 1988, 193.

¹³ Die Flugschrift erschien unter dem Titel «Unsere zukünftige Politik. Bekenntnisse eines kirchlich-liberalen und bisher national-liberalen Pfarrers». Mit dem Namen des Karlismus sind zugleich Anklänge an die Partei der beiden Don Carlos in Spanien im 19. Jahrhundert gegeben, die unter Mithilfe des katholischen Klerus in den blutigen Bürgerkriegen 1834/39 und 1872/76 für die «Restauration der alten Kirchenherrlichkeit und des absoluten Königtums» kämpften. «Diese Karlistenkriege waren gleichsam der Gegendruck auf die Säkularisation des Staatsgedankens», die «im 18. Jahrhundert von einem modernen Bürgertum propagiert» worden war (vgl. Braun, Parteien [wie Anm. 5], 83f). Braun bietet die bisher umfassendste Untersuchung des «Karlismus» – allerdings mit problematischen, z.T. deutschümelnden, latent antisemitischen Urteilen (etwa 80, 96). Zur Person Karls jetzt auch: Ludger Syré, Wilhelm Karl (1964–1938). Pfarrer und konservativer Politiker gegen den «badischen Großblock», in: Protestantismus und Politik. Zum politischen Handeln evangelischer Männer und Frauen für Baden zwischen 1819 und 1933. Ausstellungskatalog, hg. von der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe, Karlsruhe 1996, 200–212.

in der Phase des Großblocks besonders stark angewachsen war, im Grunde aber viel weiter zurückreichte und sich bereits früher in diversen Zusammenhängen schon einmal durch öffentliche Proteste liberaler Pfarrer Luft verschafft hatte.¹⁴

Grundsätzlich ging es Karl, der sich jahrelang selber in Zeitungsartikeln und Wahlflugblättern in seiner Gemeinde für die Nationalliberalen engagiert hatte, um die in der Großblockpolitik zu erkennende Zurücksetzung der evangelischen Kirche als öffentlicher Kulturmacht. Er wandte sich im Einzelnen gegen die Aufhebung des Christenlehrzwanges, wodurch die religiöse Erziehung der Jugend erschwert würde. Er attackierte darüber hinaus die seiner Meinung nach von den Liberalen favorisierte Politik, die staatliche Dotation der Kirchen aufzuheben. Schließlich kritisierte er die Schulpolitik des Großblocks, die durch die Einführung einer neuen Lehrplanordnung den Religions- und Konfirmandenunterricht an vielen Orten infrage stellen würde. Hinter diesen drei politischen Tendenzen der Großblockpolitik stand für Karl auch die weiterreichende Frage einer grundlegenden Trennung von Staat und Kirche, die, wie er meinte, von der Nationalliberalen Partei im Augenblick zwar noch abgelehnt, mit der sie aber doch inzwischen stark sympathisieren würde.¹⁵

Wie sehr die Kritik Pfarrer Karls dabei nicht nur aus einem allgemeinen kulturpolitischen Unbehagen an der aktuellen Politik des Großblocks und insbesondere der Nationalliberalen Partei motiviert, sondern von Anfang an mit spezifischen sozialen und politischen Interessenlagen der Pfarrerschaft verknüpft war, die mit der Zurückdrängung der Kirche zugleich die eigene sozialkulturelle und politische Position gefährdet sah, verdeutlichen zum einen seine Ausführungen über die Aufrechterhaltung der Staatsdotations. Sie würde, wie er betonte, als staatliche Finanzhilfe für die Finanzierung der Pfarrergehälter auch weiterhin benötigt werden. Zum anderen kritisierte er in aller Deutlichkeit die mangelnde Beachtung der liberalen Geistlichen seitens der Nationalliberalen Partei in den zurückliegenden Jahrzehnten. Eindrücklich heißt es:

«Lange genug sind wir evangelischen Pfarrer die getreuen Schildknappen des Nationalliberalismus gewesen und haben für unsere wertvollen stillen Dienste Nicht-

¹⁴ Die von Braun, Parteien (wie Anm. 5), 69, vertretene Meinung, dass Karls Flugschrift «wie ein Blitz aus heiterem Himmel» eingeschlagen sei, ist insofern zu modifizieren. Der Gedanke einer «deutsch-evangelischen Volkspartei», deren Aufgabe darin zu bestehen habe, die «zwischen Rom und Sozialdemokratie stehenden Evangelischen zu sammeln» und dabei auf die unzufriedenen Kräfte aus den Reihen der Nationalliberalen und der Konservativen sowie die Christlich-Sozialen und Antisemiten zu setzen, findet sich bereits im Badischen Diaspora-Blatt (BDBl) 4 (Jan.) (1904). Vgl. zur Vorgeschichte des Karlismus auch Wolf, Konservatismus (wie Anm. 7), 5f, 185ff, 137f.

¹⁵ Vgl. Braun, Parteien (wie Anm. 5), 69f, 90–93; Wilhelm Karl, Unsere zukünftige Politik, in: GLA Karlsruhe (wie Anm. 10), 69 P 36, 119a. Vgl. zur Kirchen- und Kulturpolitik des Großblocks außer Braun, Parteien (wie Anm. 5), und Thiel, Großblockpolitik (wie Anm. 11), auch Hans Fenske, Der liberale Südwesten. Freiheitliche und demokratische Traditionen in Baden und Württemberg 1790–1933, Stuttgart 1981, 171ff; Wolf, Konservatismus (wie Anm. 7), 132, Anm. 10; Josef Schofer, Großblock-Bilanz. Zeitgemäße politische Erinnerungen, Freiburg 1913, 110f, 121f, 154; GLA Karlsruhe (wie Anm. 10), 235/13239, Bl. 90f.

achtung und Rücksichtslosigkeiten geerntet. Seit Menschengedenken hat diese Partei keinen evangelischen Pfarrer mehr in die Kammer gewählt, obwohl dereinst Geistliche wie Zittel sen. ihr mit auf ein geistiges Niveau verholten, welches hoch über ihrem jetzigen gestanden ist.»

Kritisch gegenüber dem eigenen Verhalten fügte er hinzu: «(W)ir sind so dumm gewesen, uns in blindem Vertrauen auf eine Partei zu verlassen, welche doch bewusst und ausgesprochen kirchlich indifferent sein will.»¹⁶

Die sich hier bereits andeutende scharfe politische Opposition Pfarrer Karls und der mit ihm verbundenen Pfarrer blieb, nicht zuletzt wohl unter dem Eindruck des jahrzehntelang gepflegten informellen und formellen Bündnisses zwischen den liberalen Geistlichen des Großherzogtums und der Nationalliberalen Partei, nicht wirkungslos. So kann darauf verwiesen werden, dass die «Karlisten» – wie bereits die Wielandt-Bewegung – immerhin in der Lage waren, in Verhandlungen mit der Nationalliberalen Parteiführung den Kurs der Partei entscheidend zu beeinflussen. Das lässt sich anhand eines relativ umfangreichen Schriftwechsels und eines daraus folgenden Treffens zwischen der Parteiführung und einigen führenden «Karlisten» im Jahr 1911 nachweisen. Während sich über die in der gemeinsamen Verhandlung getroffene Vereinbarung aus den Quellen zwar keine sicheren Aussagen ableiten lassen, geht aus dem Schriftwechsel hervor, dass die Presse der Nationalliberalen angewiesen wurde, zunächst auf die Erörterung der Karlistenbewegung zu verzichten. Darüber hinaus erklärte sich die nationalliberale Parteiführung bereit, bei allen anstehenden kirchenpolitischen Fragen vorher die Meinung der «Karlisten» einzuholen. Später veröffentlichten die Nationalliberalen dann ein Flugblatt unter dem Titel «Die nationalliberale Partei und die evangelische Kirche», in der man sich intensiv mit dem «Karlismus» auseinandersetzte und die kirchenfreundliche Position der eigenen Partei bekräftigte. Die hier verkündeten Programmpunkte bestanden u.a. darin, dass man sich prinzipiell dafür aussprach, einen Pfarrer in den Landtag zu schicken. Auch wurde die Rolle der Pfarrer als Kulturträger und Volkserzieher nachdrücklich herausgestellt.¹⁷ Diesem Kurs der Parteiführung entsprach es schließlich, dass sich die Nationalliberalen in der Großblockpolitik eindeutig gegen die Abschaffung der Staatsdotations aus sprachen – entgegen allen anders

¹⁶ Vgl. Karl, Unsere zukünftige Politik, in: GLA Karlsruhe (wie Anm. 10), 69 P 36, 119a. Das politische Interesse der «Karlisten», das Ansehen der Pfarrerschaft in sozialer, ökonomischer und kultureller Hinsicht zu bewahren bzw. wiederherzustellen, zieht sich wie ein roter Faden durch alle verfügbaren Quellenbelege, bis hin zu dem noch im Krieg erscheinenden «Boten aus Kurpfalz», der den Forderungen der «Karlisten» zeitweise ein publizistisches Forum bot (vgl. GLA Karlsruhe [wie Anm. 10], 69 P 36, 119a; Der Bote aus Kurpfalz 1916–1918; LKA Karlsruhe (wie Anm. 9) GA 3572; Ernst Lehmann, Der Aufbau der evangelischen Volkskirche in Baden, Heidelberg 1919, 78; Braun, Parteien (wie Anm. 5), 74, 77ff. Zum Zusammenhang von Staatsdotations und Pfarrergehältern auch LKA Karlsruhe (wie Anm. 9), GA 4118, 11–17.

¹⁷ Vgl. GLA Karlsruhe (wie Anm. 10), 69 P 36, Nr. 119a; Deutsche Reichspost. Zentralorgan der Konservativen Süddeutschlands, 20.7.1911; Schofer, Großblock-Bilanz (wie Anm. 15), 111.

lautenden Absichten der Sozialdemokratie. Die Pfarrer waren für den badischen Nationalliberalismus in dieser Hinsicht wieder zu einem ernstzunehmenden politischen Faktor geworden.

Avancierten die materiellen und sozialkulturellen Interessen der Pfarrerschaft also einerseits zu einem entscheidenden Punkt des politischen Selbstverständnisses, versuchten die «Karlisten» andererseits, auch andere Politikfelder zu besetzen. Dahinter stand, wie bereits erwähnt, das Bestreben, aus dem Status einer reinen Protestbewegung hinauszukommen und sich mittelfristig zu einer «Evangelischen Volkspartei» zu entwickeln, die sowohl für die Handwerker- und die Bauernschaft als auch für die Beamten und Teile der Gebildeten attraktiv sein sollte.¹⁸ Dieses Ziel sollte bis zu den Wahlen im Jahre 1914 realisiert werden. Dabei zeigte sich jedoch schon auf der «programmatischen» Ebene sehr bald, dass man in der Zeit bis zum Ersten Weltkrieg über erste Ansätze kaum hinaus kam. So ist das «Programm» der «Karlisten» vor 1914 für die Öffentlichkeit nur in den Reden Pfarrer Karls selber zu greifen. Außer dem Hauptprogrammpunkt, der sich gegen die Trennung von Staat und Kirche richtete, vertrat Karl Forderungen auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschafts-, insbesondere der Landwirtschafts- sowie schließlich der Schulpolitik, die einen zwischen Konservatismus und Liberalismus schwankenden, kleinbürgerlich-agrarischen, eher antimodernen Grundzug aufwies. Die Gratwanderung zwischen liberalen und konservativen Politikanteilen wurde dabei so beschrieben, die Partei als eine gemäßigt konservative, keineswegs mit den preußischen Konservativen zu vergleichende Partei zu positionieren, in der aufgrund der spezifisch süddeutschen Traditionsstränge und vor allem des Fehlens eines junkerlichen Adels auch dem «demokratischen» und «oppositionellen» Element eine große Bedeutung zukomme.¹⁹

Wirtschaftspolitisch galt Karls Kampf den großen Warenhäusern und Filialgeschäften. Darüber hinaus sollten zur Konsolidierung des Staatshaushaltes die Mittel für Staats-, Kirchen- und Gemeindebauten, Diäten und Beamtenstellen reduziert werden. In der Landwirtschaftspolitik richtete er sich gegen den *Landwirtschaftlichen Verein* und propagierte stattdessen den konservativen *Bund der Landwirte* als den «richtigen Vertreter» der Landwirtschaft und vertrat die Politik des Schutzzolles für einheimische Produkte. «Sozialpolitisch» verfocht Karl –

¹⁸ Vgl. Badische Pfarrvereinsblätter (BPfVBl), 21 (1910), 97f, 133–136, 230f; Bote aus Kurpfalz (wie Anm. 16), Nr. 4 (1916), 3. Karl hatte die Zielgruppen, für die die zu gründende Evangelische Volkspartei attraktiv sein sollte, bereits in seinem Flugblatt von 1908 grob skizziert. Im «Boten aus Kurpfalz» wurde die Notwendigkeit einer Evangelischen Volkspartei im Ersten Weltkrieg dann nicht zuletzt mit den sozialen Interessen der Beamtenschaft und Bürokratie begründet. Die Beamtenschaft und die Bürokratie, die bisher dem Nationalliberalismus nahestünden, müssten die Möglichkeit haben, sich aus Karrieregründen an einer solchen Partei zu orientieren (ebd., Nr. 3 u. 4 [1917], 4ff).

¹⁹ Vgl. Braun, Parteien (wie Anm. 5), 82f, 89f; Karl, Unsere zukünftige Politik, 6, 11, 13, in: GLA Karlsruhe (wie Anm. 10), 69 P 36, Nr. 119a; ebd., Nr. 196. Karl formulierte selbstbewusst: «Unser süddeutscher Charakter wird der Partei etwas Demokratisches und unsere Stellung ihr etwas Oppositionelles geben» (Unsere zukünftige Politik, 13).

ganz den industriell-agrarischen Verhältnissen Badens geschuldet – das Ideal des Arbeiterbauern, der neben seiner Arbeit in der Fabrik mit einem kleinen Acker und einem Stück Vieh ausgestattet werden müsse. Die Frauenarbeit in Fabriken war seiner Meinung nach einzuschränken; Kinder sollten verstärkt Handwerke erlernen, mittlere Beamte in höhere Staatsstellen aufsteigen können, und die Trunksucht sei «behördlicherseits» zu bekämpfen. Der Orientierung am Ideal eines breiten Handwerkerstandes entsprach auch die schulpolitische Forderung, die «Bürgerschulen» abzuschaffen, wohingegen er sich in konfessioneller Hinsicht für das liberale Ideal der Simultanschulen aussprach. Die Seminarien dagegen sollten, wie das üblich war, konfessionell organisiert bleiben.²⁰

Was die äußere Entwicklung der Bewegung angeht, hatte Karl zunächst dafür plädiert, «in jedem Landesteil vertrauliche Besprechungen vorbereitenden Charakters» zu organisieren. Darüber hinaus sollten Agitationsveranstaltungen in Bezirken und Gemeinden organisiert werden, die sowohl von Geistlichen als auch von Laien durchzuführen seien. Karl dachte dabei besonders an «alte, einst sturmerprobte politisch Liberale unter uns Pfarrern, die sich seit langem grollenfüllt von der nationalliberalen Politik» zurückgezogen hätten und «nun mit neuer Luft wieder in den Kampf treten» könnten; denn nach langer Zeit der politischen Degradierung wüssten diese Geistliche nun endlich wieder, «für was sie streiten».²¹

Die Organisationsarbeit der «Karliten» schritt in den nächsten Jahren zügig voran. Im Jahre 1911 war sie so weit fortgeschritten, dass die Bewegung in einzelnen Regionen des Landes über eine gewisse organisatorische Struktur verfügte. In allen ländlichen Wahlkreisen, die überwiegend oder rein protestantisch geprägt waren, sowie auch in solchen Wahlkreisen, in denen starke protestantische Minoritäten lebten, waren «Vertrauensmänner» aufgestellt worden. Die Bewegung verfügte über eine *Vertrauliche Korrespondenz*, die in Hockenheim gedruckt wurde und als ein Ergänzungsblatt zum Vereinsblatt der Evangelischen Arbeitervereine erschien. Außer ihrer Selbstverständigung in der *Vertraulichen Korrespondenz* waren im ganzen Lande inzwischen vertrauliche Konferenzen organisiert worden, in denen den «religiös wie politisch konservativ gesinnten Geistlichen die Hauptrolle» zukam. Ihnen war es bis dahin auch gelungen, «eine große Anzahl religiös-liberal gesinnter Geistlicher» zu gewinnen, die sich von der aktuellen Kirchenpolitik des Großblocks enttäuscht fühlten.²²

Die Bewegung des «Karlismus» war damit tendenziell milieuüberschreitend angelegt. Sie stellte eine Sammlungsbewegung innerhalb des Protestantismus dar, in der sich einerseits die vom Liberalismus enttäuschten Liberalen, aber auch kirchlich-positive und konservative Kräfte um das Programm der Kirche zusammenfanden. Folgt man den Angaben von Pfarrer Dr. Georg Karl Mertz,

²⁰ Vgl. Braun, Parteien (wie Anm. 5), ebd.

²¹ Vgl. Karl, Unsere zukünftige Politik, 16, in: GLA Karlsruhe (wie Anm. 10), 69 P 36, Nr. 119a.

²² Vgl. GLA Karlsruhe (wie Anm. 10), GA 69 P 36, Nr. 196.

einem der führenden «Karlisten», sollen allein drei Viertel aller evangelischen Pfarrer Badens mit der Bewegung sympathisiert haben.²³ Nicht unwichtig für die Bewegung scheint auch das Faktum zu sein, dass eine ganze Reihe von kirchlich-positiven, politisch aber liberalen Pfarrern dem «Karlismus» zuneigte.²⁴

Die These, dass es sich bei den «Karlisten» um eine aus unterschiedlichen politischen und sozialen Strömungen rekrutierende Sammlungsbewegung innerhalb des Protestantismus handelte, lässt sich indirekt vielleicht auch an dem relativ weitreichenden Spektrum der ins Auge gefassten, sympathisierenden und dann auch tatsächlich kooperierenden Bündnispartner verdeutlichen. So hatte man bis zum Jahre 1911 schon versucht, wie es in einer internen Mitteilung der Nationalliberalen Partei hieß, den traditionell eher liberalen *Evangelischen Bund* «in den Dienst» der «neuen Parteibewegung zu stellen», was aber offensichtlich nur «überall da gelungen ist, wo Orthodoxe oder «Karlisten» die Vorsitzenden der Zweigvereine» waren. Auch die *Evangelischen Männer- und Arbeitervereine Kurpfalz* (in den Bezirken Mannheim, Weinheim, Heidelberg und Schwetzingen), die den *Boten aus Kurpfalz* herausgaben, traten seit 1908 für die karlistische Bewegung ein und trugen sogar auf der Generalsynode von 1914 wesentliche materielle Forderungen zur Besserstellung der Pfarrergehälter vor, wie sie im *Boten* immer wieder vertreten worden waren.²⁵

Besonders im Umfeld des *Boten* und der ihn tragenden evangelischen Arbeiterschaft artikulierte sich dann im Ersten Weltkrieg auch ein immer stärker populistisches, tendenziell antibürgerliches Potential innerhalb des Protestantismus. So vertrat der *Bote* insgesamt ein Programm konservativer Staats- und Kirchenkritik mit deutlichen demokratischen und sozialen Emanzipationsforderungen, die sich etwa gegen die «Satttheit» einer im nationalliberalen Schlepptau sich befindenden «Bürgerkirche» richteten. Der *Bote* mobilisierte – im Bündnis mit den oppositionellen Pfarrern – die «evangelischen Volksinteressen» gegen den «kirchlichen Absolutismus [...] des oberen kirchlichen und weltlichen Beamtentums». Dabei war er, sowohl was die Radikalität seiner Forderungen als auch die Derbheit seiner Sprache angeht, nicht zimperlich. Er forderte die Geist-

²³ Vgl. GLA Karlsruhe (wie Anm. 10), GA 69 P 36, Nr. 119a; Stefan Ph. Wolf, «Seiner Königlichen Hoheit getreue Opposition». Konservative Protestanten in der badischen Politik (1860–1918), in: Protestantismus und Politik. Zum politischen Handeln (wie Anm. 13), 98. Besonders engagierte «Karlisten» waren außer Mertz auch die Pfarrer Arnold und Adolf Godelmann (ebd.); GLA Karlsruhe (wie Anm. 10), 69 P 36, Nr. 196; LKA Karlsruhe (wie Anm. 9), PA 1866.

²⁴ In einer parteiinternen Mitteilung der Nationalliberalen Partei heißt es 1911: Viele kirchlich-liberale Pfarrer drohen «in das politisch-konservative Fahrwasser abzuschwenken, und viele unserer kirchlich-positiven Pfarrer, die bisher treu zu unserer Partei hielten, wurden unsicher» (GLA Karlsruhe [wie Anm. 10], GA 69 P 36, Nr. 119a). In der «Deutschen Reichspost» vom 9.3.1909 wurden die Karlisten als «Freibeuter» innerhalb des Liberalismus bezeichnet.

²⁵ Vgl. Braun, Parteien (wie Anm. 5), 74; GLA Karlsruhe (wie Anm. 10), GA 69 P36, Nr. 119a; LKA Karlsruhe (wie Anm. 9), GA 3572; ebd. 4118; *Bote aus Kurpfalz* (wie Anm. 16), 1916–1918; Verhandlungen der Generalsynode der evangelischen Kirche im Großherzogtum Baden 1914, 22–31, 36, 151f; Lehmann, Aufbau (wie Anm. 16), 78.

lichen, von denen die Generalsynodalvertreter im Krieg unbezahlte Mehrarbeit im Religionsunterricht verlangt hatten, nachdrücklich auf, sich gegen ihre «Ausbeuter» zu wehren und zu organisieren, ebenso wie er gegen «unsere Unterdrücker», mithin gegen die Fabrikbesitzer und die bürgerliche Klassenherrschaft in und außerhalb der Kirche, Front machte. Das trug ihm zum Teil juristische Auseinandersetzungen oder auch nur deutliche Missfallensbekundungen führender Nationalliberaler wie etwa des Parteivorsitzenden Edmund Rebmann ein, der in der hinter dem *Boten* stehenden oppositionellen Pfarrerschaft einen «Schandfleck auf der Ehre der evangelischen Geistlichkeit» erkennen wollte. Im Kontext dieser Strömung während des Ersten Weltkriegs war die Verbindung von nationalliberaler Politik und protestantischer Bürgerlichkeit offensichtlich endgültig zerbrochen, und es zeichnete sich das Konzept sowohl einer «Volkskirche» als auch einer nicht mehr primär honoratiorenbestimmten «evangelischen Volkspartei» deutlich ab.²⁶

Ein wichtiger «bürgerlicher» Bündnispartner der «Karlisten» vor dem Krieg war indessen der *Reichsparteiliche Verein*. Gegründet 1907 in Freiburg, handelte es sich dabei um einen «intellektuell-bürgerlichen Kreis» um den Historiker und Nationalökonom Georg von Below. Der Kreis hatte sich infolge der Blockpolitik gegen die Nationalliberalen gestellt, ohne die Verbindungen aber vollständig aufzugeben. In Anlehnung an die *Deutsche Reichspartei* nannte er sich *Reichsparteilicher Verein*. Ihm gehörten Professoren und andere Vertreter des «einheimischen Bürgertums», darunter Pfarrer Karl, an, der in seiner Freiburger Zeit Leiter des dortigen, vom *Evangelischen Bund* getragenen Diakonissenhauses war. Die weitgehend bürgerliche Struktur dieser Strömung in Baden zeigt sich außer der Zusammensetzung des Kreises u.a. daran, dass «viele Liberale, wie zum Beispiel Landeskommisär Föhrenbach sowie die «Breisgauer» und die «Heidelberger Zeitung», der «Schwäbische Merkur» und der «Mannheimer Generalanzeiger» [...] offen mit den Freikonservativen» sympathisierten.²⁷

In religiöser Hinsicht war der Verein nicht festgelegt, und er vertrat keine spezifisch evangelisch-kirchlichen Themen. Gleichwohl war das Bekenntnis seiner Mitglieder, soweit sich das nachweisen lässt, in der Regel evangelisch. Ein wichtiger Programmpunkt zielte auf die Achtung jeder religiösen Überzeugung und den Schutz jeden Bekenntnisses. Below selber vertrat einen «christlich-konservativen» Standpunkt und stand dem *Evangelischen Bund*, dessen Landesvorstand in Baden sich aus Nationalliberalen zusammensetzte, eher

²⁶ Vgl. Bote aus Kurpfalz (wie Anm. 16), Nr. 1/2 (1918), 2ff; ebd., Nr. 3/4 (1918), 1, 3f, 7; ebd., Nr. 2 (1916), 2; ebd., Nr. 4 (1916), 6; ebd., Nr. 5/6 (1916), 1f, 5; LKA Karlsruhe (wie Anm. 9) GA 3572.

²⁷ Vgl. Braun, Parteien (wie Anm. 5), 70; Wolf, Hoheit (wie Anm. 23), 96ff, Zitate ebd.. Zur weiteren Verbindung und zu den Verständigungsbemühungen zwischen dem Reichsparteilichen Verein und den Nationalliberalen vgl. Deutsche Reichspost (wie Anm. 17), 16.12.1907; ebd., 30.11.1908; GLA Karlsruhe (wie Anm. 10), 69 P 36, Nr. 119a. Zu von Below jetzt auch Hans Cymorek, Georg von Below und die deutsche Geschichtswissenschaft um 1900, Stuttgart 1998.

skeptisch gegenüber. Auch Pfarrer Karl, obwohl Mitglied des *Evangelischen Bundes*, war in Folge seiner weiter hinten noch darzustellenden Kandidatur bei den Landtagswahlen 1909 mit dem *Evangelischen Bund* in Konflikt geraten. Kirchenpolitisch lagen die Interessen der «Karlisten» und des badischen *Reichsparteilichen Vereins* (wie im Übrigen auch der Freikonservativen im Reich) zwar keineswegs auf einer Linie. Die Unterschiede wogen aber weitaus geringer als die Differenzen zwischen den «Karlisten» und Teilen der Liberalen. Beide Bewegungen in Baden einte die grundlegende Opposition gegen den Großblock. Während es Bülow vor allem darum ging, einen «bürgerlichen Block gegen den Sozialismus zu schaffen», gingen die «Karlisten» gleichsam als der «religiöse Flügel [...] aus dem Reichsparteilichen Verein hervor [...] und bereicherten» – zum Missfallen der Liberalen – «den christlich-bürgerlichen Block».²⁸

Im konservativen Spektrum der badischen Kirchenpolitik, der protestantischen Vereinskultur und der politischen Parteien konnte Karl zunächst einmal auf das im weitesten Sinne «positive» Lager und mit ihm die *Deutsch-Konservative Partei* in Baden hoffen, obwohl die Konservativen aufgrund der eigenen politischen Schwäche, die sich in den Wahlen in der Abhängigkeit ihrer Kandidaten vom Zentrum zeigte, keine starken Bündnispartner darstellten. Über die Bewegung des «Karlismus» wurde seit 1908 in der konservativen *Deutschen Reichspost* vor allem aufgrund des sich in ihr dokumentierenden sukzessiven Erosionsprozesses des Nationalliberalismus immer wieder berichtet. Man verfolgte die Bewegung nicht zuletzt deshalb mit Sympathie, weil Karl seine Anhänger bereits in seiner Flugschrift über «Unsere zukünftige Politik» aufgefordert hatte, der *Deutsch-Konservativen Partei* beizutreten.²⁹ Im Lager der «Karlisten» scheint man sich zeitweise auch ein beträchtliches Stimmenreservoir aus dem 24.000 Mitglieder erfassenden *Verein für Innere Mission A.B.* versprochen zu haben. In der von Pastor Böhmerle in Langensteinbach herausgegebenen Zeitschrift des Vereins (dem *Reich-Gottes-Boten*) soll nach einer Notiz der *Nationalliberalen Partei* für die Politik des «Karlismus» geworben worden sein.³⁰ Zu erwähnen ist ferner der *Bund der Landwirte*, der Karl unterstützen wollte, da die Bauern, wie es hieß, kein Vertrauen mehr zu den Nationalliberalen hätten.³¹

Schließlich ist als wichtige politische Strömung, in der mit dem «Karlismus» sympathisiert wurde, auf den politischen Katholizismus zu verweisen. Wie schon bei den Konservativen war auch das Zentrum aufgrund der gemeinsamen

²⁸ Vgl. Wolf, *Hoheit* (wie Anm. 23), 96ff, Zitate ebd.; Braun, *Parteien* (wie Anm. 5), 74f; *Deutsche Reichspost* (wie Anm. 17), 13.1.1908. Vgl. auch Friedrich Meinecke, *Werke*, Bd. 8: *Autobiographische Schriften*, Stuttgart 1969, 133. Zum Reichsparteilichen Verein in Freiburg und seiner Strategie, Pfarrer Karl politisch zu unterstützen, GLA Karlsruhe (wie Anm. 10), 69 P 36, Nr. 119a.

²⁹ Vgl. *Deutsche Reichspost* (wie Anm. 17), (1908–1911), passim. Zur Politik der badischen Konservativen nach der Jahrhundertwende auch die zeitgenössische Schrift von Wilhelm Schmidt, *Die Blockpolitik in Baden mit ihren Folgen*, Heidelberg 1907.

³⁰ Vgl. GLA Karlsruhe (wie Anm. 10), GA 69 P 36, Nr. 196.

³¹ Vgl. GLA Karlsruhe (wie Anm. 10), 69 P 36, Nr. 119a. Zu den landwirtschaftlichen Verbänden in Baden: Georg Brixner, *Die landwirtschaftlichen Verbände*, o. O. 1921.

Interessenlage in den Fragen der Trennung von Staat und Kirche, der Beibehaltung des Religionsunterrichts und der Staatsdotationsprinzipien bereit, den «Karlismus» zu unterstützen. Die «Karlisten» vertraten selber die Position, dass man «um des Erfolges willen mit dem Zentrum zusammen gehen könne», nicht zuletzt auch deshalb, weil «das Zentrum keine Gegengabe» verlange.³²

Trotz dieses relativ breiten Spektrums möglicher und faktischer Bundesgenossen blieb der «Karlismus» politisch jedoch erfolglos. Faktisch kam er, trotz weitreichender Sympathien in der Pfarrerschaft, über einen regionalen Schwerpunkt in der Kurpfalz kaum hinaus. Im Schwetzingener Wahlkreis, wo er von sämtlichen Pfarrern unterstützt wurde, trat Pfarrer Karl zu den Landtagswahlen im Jahre 1909 auch nur als Kandidat der Konservativen Partei an. Hier hatte der bereits erwähnte Pfarrer Dr. Mertz zwar extra die Gründung einer Tageszeitung unter dem Titel *Neue Badische Rundschau* betrieben, die die Bevölkerung für die Ziele der karlistischen Politik gewinnen sollte. Die Zeitung erreichte jedoch keine zehn Ausgaben und war so schnell wie sie entstanden war schon wieder von der Bildfläche verschwunden.³³ Im Schwetzingener Wahlkreis hatte sich zudem die für Karl problematische Lage ergeben, dass man ihm von liberaler Seite aus den Pfarrer Dr. Paul Klein, ebenso wie Karl Mitglied im *Evangelischen Bund*, als nationalliberalen Gegenkandidaten gegenüberstellte, was innerhalb des kirchennahen Milieus zu Irritationen führte und ein erfolgreiches Abschneiden Karls bei den Landtagswahlen beeinträchtigte. Das Resultat der Landtagswahl im Jahre 1909 sah konkret so aus, dass Karl seinem Gegenkandidaten Klein in der Stichwahl mit 200 Stimmen Differenz unterlag. Ähnlich knapp gingen für Karl, der im Jahre 1913 in seinem Wahlkreis noch einmal für die Konservativen kandidierte, die Landtagswahlen 1913 aus. Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs sollte es ihm – auch mit Hilfe des Zentrums, das die Rechtsparteien entweder bereits im ersten oder aber im zweiten Wahlgang unterstützte –, nicht gelingen, als Abgeordneter in den badischen Landtag zu gelangen.³⁴

Die Gründe für das Scheitern Karls und mit ihm des «Karlismus» lagen offensichtlich darin, dass die Bewegung über zu wenig organisatorische Eigenständigkeit und kein ausgefeiltes politisches Programm verfügte. Die «Pfarrerpolitik» allein war zu wenig, um breitere Bevölkerungsschichten wirkungsvoll zu erreichen. Auch blieb eine scharfe Positionsbestimmung zwischen Liberalismus, Konservatismus und politischem Katholizismus höchst schwierig, da viele der karlistischen Forderungen von den anderen Parteien bereits abgedeckt wurden. Der konservative Pfarrer Erwin Karl Ludwig Degen hatte das Dilemma einer evangelischen Volkspartei bereits 1910 in einer doppelten Frontstellung, aber auch Nähe der Protestanten zum und gegenüber dem Zentrum und den Nationalliberalen beschrieben:

³² Vgl. GLA Karlsruhe (wie Anm. 10), 69 P 36, Nr. 119a; auch Braun, Parteien (wie Anm. 5), 70f, 94f.

³³ Vgl. Braun, Parteien (wie Anm. 5), 74.

³⁴ Ebd., 70, 74–77, 91; Schofer, Großblock-Bilanz (wie Anm. 15), 112.

«In dieser Zwiespältigkeit liegt der Grund verborgen, warum unsere evangelische Kirche politisch nichts bedeutet, warum es noch nicht zu einer großen evangelisch-nationalen, christlich-sozialen Volkspartei gekommen ist. Diese Hoffnung, die heute viele Herzen tragen, kann so lange nicht in Erfüllung gehen, als die eine Hälfte der Evangelischen genötigt ist, in politischen Dingen die Unterstützung des Zentrums anzunehmen, weil die andere Hälfte im Schlepptau eines religiös-indifferenten Liberalismus segelt.»³⁵

*Abschließende Überlegungen – zur Grenze und zum Potential
des «karlistischen» Politikversuchs*

Mit der gerade vorgenommenen Bewertung ließe sich, unter der Perspektive kurzfristigen Erfolgs und Scheiterns, das Kapitel des «Karlismus» beenden. Lässt man sich darüber hinaus auf die eingangs gestellten Fragen nach grundlegenden Werthaltungen protestantischer politischer Akteure sowie auf Fragen längerfristiger Bedeutung des hier verfolgten politischen Handelns ein, kann die Bewertung in einem tendenziell günstigeren, gleichwohl weite Schatten werfenden Licht erscheinen. Unstreitig lässt sich anhand der Bewegung des «Karlismus» eine interessante Variante protestantischen politischen Verhaltens in den Umbrüchen zur modernen Welt studieren. Die oppositionellen Pfarrer nahmen, wie es der liberale Kulturprotestant Martin Rade 1913 formuliert hatte, ihre «Pflicht zur Politik» wahr.³⁶ Aus der Unzufriedenheit mit dem politischen Liberalismus verfolgten die «Karlisten» ihre Interessen und entsprachen damit weder einem quietistischen Politikideal noch einer obrigkeitsfrommen politischen Gesinnung. Schon gar nicht huldigten sie einer «Dämonie der Macht». Das Verhalten der politischen Pastoren in Baden entsprach im Übrigen auch nicht einem «über den Parteien» angesiedelten und in vielen «Pastoraltheologien» der Zeit entworfenen, kirchlich eingehetzten «Amtsverständnis».³⁷

Es ist statt dessen zu betonen, dass die hier betrachteten Pfarrer den Versuch unternahmen, das Verhältnis von Politik, Kirche und Religion unter den Bedingungen der politischen und religiösen Krise des Liberalismus neu zu bestimmen und dabei auf die politische Entwicklung Einfluss zu nehmen. Den «Karlisten» ging es darum, ihre eigenen kulturellen und politischen Interessen wahrzunehmen

³⁵ Vgl. Erwin Degen, Liberalismus und Religionsunterricht, in: Julius Ruprecht von Loewenfeld, Kirchlicher Liberalismus von heute. In Verbindung mit badischen Theologen, Karlsruhe 1910, 90ff, Zitat ebd.

³⁶ Martin Rade, Unsere Pflicht zur Politik, Marburg 1913.

³⁷ Vgl. Volker Drehsen, Die angesonnene Vorbildlichkeit des Pfarrers. Geschichtliche Reminiszenzen und pastoraletische Überlegungen, in: Pastoraltheologie. Monatsschrift für Wissenschaft und Praxis in Kirche und Gesellschaft, 78 (1989), 88–109; bezogen auf die preußische und badische Pfarrerschaft Janz, Bürger (wie Anm. 3), 228–267; Kuhlemann, Bürgerlichkeit (wie Anm. 3), dort auch die Darstellung der badischen Debatte über die von Wilhelm II. 1896 verlautbarte Meinung, dass «politische Pastoren [...] ein Unding» seien (233–245, 370–385); für Preußen grundlegend: Pollmann, Landesherrliches Kirchenregiment (wie Anm. 3).

men und zu organisieren. Sie entsprachen damit einem bürgerlichen, auf gesellschaftliche und politische Steuerung zielenden Ideal, das man als politische Bürgerlichkeit bezeichnen kann.³⁸

Dieses bürgerliche Engagement war nun fraglos nicht mehr eindeutig liberal, sondern ebenfalls deutlich konservativ orientiert. Das zeigt sich an vielen der sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der «Karlisten», wie etwa der Stellungnahme gegen die großen Warenhäuser, nicht frei übrigens von antisemitischen Anklängen. Zum Teil war das bürgerliche Engagement auch mit antibürgerlichen, jedenfalls die Vorherrschaft des Bürgertums nachdrücklich in Frage stellenden Tendenzen innerhalb der evangelischen Arbeitervereine der Kurpfalz und des *Boten* verbunden, in denen sich die antiliberalen Affekte von Teilen der evangelischen Arbeiterbewegung widerspiegelten.

Andererseits ist in dieser Hinsicht deutlich herauszustellen, dass sich ein explizit bürgerliches Selbstverständnis in Deutschland im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts eben nicht selbstverständlich am Ideal eines liberal-emanzipatorischen Fortschrittsdenkens, verbunden mit einer Neigung zur religiösen Indifferenz oder Unkirchlichkeit, orientierte. So gab es in Deutschland, wie auch anderswo, immer schon Elemente eines konservativen Bürgerlichkeitsideals, in dem der Gedanke einer «erneuerten Christlichkeit und Kirchlichkeit» eine entscheidende Rolle spielte.³⁹

Genau diesem Ideal entsprach die Überzeugung der «Karlisten», wenn sie ihre Gegnerschaft gegen die Trennung von Staat und Kirche als eine Frage des «bürgerlichen Ehrgefühls» diskutierten.⁴⁰ Im Kontext dieser Argumentation bezog man sich einerseits auf die besondere historische Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche in Deutschland, wie man sich andererseits von einem evangelisch-emanzipatorischen, staatsbürgerlichen Selbstverständnis durchdrungen zeigte, das vom Bewusstsein der eigenen Kulturbedeutung zeugte. In Karls Flugblatt von 1908 hieß es, dass die Kirche den Staat brauche und der «Staat in unserem europäischen Sinn» im Unterschied zu Amerika «nun einmal für die Gesamtheit aller Kulturbestrebungen zu sorgen» habe. Der Staat erschien nach diesem Verständnis keineswegs autoritär oder gar absolutistisch, sondern er wurde als der legitime Sachwalter staatsbürgerlicher Interessen verstanden.⁴¹ 1909 hieß es sogar, fast demokratisch klingend:

³⁸ Vgl. zu den «gesellschaftlichen Steuerungsqualifikationen» des Bürgertums Thomas Mergel, *Zwischen Klasse und Konfession. Katholisches Bürgertum im Rheinland 1794–1914*, Göttingen 1994, 7f.

³⁹ Vgl. Rudolf Vierhaus, *Religion und deutsche Bildungsschichten im 19. und 20. Jahrhundert*, in: FS Y. Arieli, Jerusalem 1986, 95–106, bes. 102–104.

⁴⁰ Vgl. das Flugblatt «Warum sind wir Gegner der Trennung von Staat und Kirche? Nach den Reden des Landtagskandidaten für Schwetzingen, Pfarrer Karl, gehalten auf den großen Wählerversammlungen am Ostermontag 1909 in Schwetzingen und am 29. August in Plankstadt», in: GLA Karlsruhe (wie Anm. 10), 69 P 36, Nr. 119a, 51f.

⁴¹ Vgl. Karl, *Unsere zukünftige Politik*, 6, 8, in: GLA Karlsruhe (wie Anm. 10), 69 P 36, Nr. 119a.

«Wir sind der Staat, weil wir das Volk sind. Die Kirche aus dem Staat entfernen heißt uns zumuten, dass wir uns selbst aus unserm eigenen Haus eigenhändig hinauswerfen. Wir Evangelischen müssen in diesem Stück genau so viel Ehrgefühl haben wie die Katholiken: Auch wir lassen uns nicht aus unserm eigenen Erbteil verjagen, als ob wir fremdes Gesindel wären. *Dies Haus, dies Vaterland gehört uns!*»⁴²

Diesen Maximen entsprechend, ist es den «Karlisten» dann ja immerhin gelungen darauf hinzuwirken, dass die Liberalen an der Staatsdotierung der Kirchen festhielten, eine wesentliche Entscheidung, die – weit über die Geschichte Badens und des Kaiserreiches hinaus – für die finanzielle Sicherung der Kirchen bis in die Bundesrepublik heute von entscheidender Bedeutung geworden ist.

Dem tendenziell religiös-emanzipatorischen Selbstverständnis unter explizitem Einbezug der Kirche als Kulturfaktor, der zu schützen und zu bewahren ist, entsprach es, mehr oder weniger folgerichtig, auch, dass sich Karl und mit ihm viele Konservative in Baden immer wieder einem süddeutschen, emanzipatorischen und oppositionellen Geist verpflichtet fühlten. Dazu gehörte in politischer Hinsicht die Vorstellung einer Machtteilung zwischen einem starken Parlament und einem starken Großherzog.⁴³ Auch das spricht für bürgerliche Elemente im Selbstverständnis badischer Pastoren im gesamten 19. Jahrhundert, seien sie liberal oder aber konservativ.

Andererseits ist nun nicht zu vergessen, dass diese Form politischer Bürgerlichkeit das politische Heil nach 1918 nicht selten in antidemokratischen Bewegungen und Parteien wie der DNVP suchte, deren politischer Kampf der neu entstandenen Republik galt. Das gilt auch für Baden: So war Pfarrer Karl 1919 an der Gründung der badischen Landesgruppe der DNVP beteiligt, für die er auch von 1919 bis 1921 als Abgeordneter im badischen Landtag saß. Die DNVP führte in Baden den Untertitel *Christliche Volkspartei* – ein Name, der von Karls Vorschlag abwich, die Partei in Anlehnung an die Karlistenpolitik im Kaiserreich «Evangelische Volkspartei» zu nennen. Karl blieb auch nach seiner Landtagszugehörigkeit Anhänger der DNVP, sympathisierte aber später aufgrund des Programmpunktes des «positiven Christentums» mit der NSDAP. 1931 war der für die Kaiserreichszeit noch bestimmende Grundgedanke politischer Parteilichkeit bei Karl inzwischen soweit diskreditiert, dass er die Beseitigung der kirchlichen Parteiorganisation forderte.⁴⁴

Dieser schwerwiegende Entliberalisierungsprozess wiegt noch schwerer, wenn man sich, wie in diesem Fall sinnvoll, auf eine kontrafaktische Überlegung einlässt. Sie besteht darin, dass es den «Karlisten» möglich gewesen wäre, die bereits im Kaiserreich praktizierte Bündnispolitik mit dem politischen Katholizis-

⁴² Vgl. Karl, Warum sind wir Gegner (wie Anm. 40), in: GLA Karlsruhe (wie Anm. 10), 69 P 36, Nr. 119a; zit. auch bei Braun, Parteien (wie Anm. 5), 83.

⁴³ Vgl. Karl, Unsere zukünftige Politik, 13, 45, in: GLA Karlsruhe (wie Anm. 10), 69 P 36, Nr. 119a.

⁴⁴ Vgl. Braun, Parteien (wie Anm. 5), 80; H. Striebich, Konfession und Partei. Ein Beitrag zur Entwicklung der politischen Willensbildung im alten Lande Baden, Karlsruhe 1955, 60f; Wolf, Hoheit (wie Anm. 23), 99; LKA Karlsruhe (wie Anm. 9), PA 1869.

mus weiter zu verfolgen. Die politische Bündnisfähigkeit resultierte, wie das vorn dargelegt worden ist, aus den Gemeinsamkeiten in der Kulturpolitik. Aber auch darüber hinaus gab es weiterreichende Übereinstimmungen in der Agrar- und Wirtschaftspolitik. Auf die gelungene Kooperation zwischen konservativen Protestanten und Katholiken konnte man innerhalb des süddeutschen Konservatismus bereits in den Wahlkämpfen und, weit darüber hinaus, im Rahmen der konservativen Publizistik zurückblicken – etwa der *Badischen Landpost* und der *Württembergischen Landpost*, der *Deutschen Reichspost* als dem *Zentralorgan der Konservativen Süddeutschlands* und der *Süddeutschen Konservativen Correspondenz*. In und für diese(n) Zeitungen arbeiteten – ungewöhnlich für die Milieufragmentierung der deutschen Gesellschaft – zum Teil konfessionell aufgeschlossene Protestanten und gemäßigte Katholiken im Interesse gemeinsamer Überzeugungen zusammen, selbst wenn konfessionelle Scheidelinien in grundlegenden Fragen des Glaubens erhalten blieben.⁴⁵

Zur Verdeutlichung des in dieser Hinsicht angelegten ideenpolitischen Potentials sei jedenfalls für die frühe Phase der Weimarer Republik auf die Position des *katholischen* Publizisten Adam Roeder verwiesen. Roeder, ein «streng gläubiger Christ», war seit der Mitte der 1880er Jahre die «rechte Hand» des badischen konservativen, *protestantischen* Parteiführers Emil von Stockhorner gewesen und hatte viele Jahre als Redakteur für das konservative Parteiblatt, die *Badische Landpost*, gearbeitet, bevor er später als Leiter der *Deutschen Reichspost* und als Herausgeber der von ihm gegründeten *Süddeutschen Konservativen Correspondenz* wirkte. In der Weimarer Republik zog er von 1924 bis 1928 als Abgeordneter für das Zentrum in den Reichstag ein und vertrat dort die Politik Josef Wirths. Roeder hatte auch bereits im Kaiserreich die sozialpolitischen Entwicklungen innerhalb des konservativen und liberalen Protestantismus mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.⁴⁶ Und er war je länger desto mehr davon überzeugt, dass sich die anstehenden politischen, sozialen und kulturellen Herausforderungen nur auf der Basis eines demokratischen und überkonfessionellen «religiös-ethischen Konservatismus» angemessen beantworten ließen. Diesen «religiös-ethischen Konservatismus» hat er 1920 in einer programmatischen Schrift unter dem Titel *Der deutsche Konservatismus und die Revolution* nicht nur gegen alle liberalen und nationalsozialen Politikkonzeptionen, sondern vor allem auch gegen einen deutschnationalen Konservatismus zu profilieren versucht, der im «Sumpf» von Alldeutschtum und Antisemitismus, Antiromanismus und Militarismus zu versinken drohe. Roeder bezog in dieser Schrift ebenso entschiedene Position gegen eine ostelbische agrarische Herrenideologie wie eine

⁴⁵ Die «Badische Landpost» und die «Württembergische Landpost» fungierten auch als die «Nebenausgaben» der «Deutschen Reichspost». Vgl. «Deutsche Reichspost» (wie Anm. 17), 35 (1906).

⁴⁶ Vgl. Wolf, Hoheit (wie Anm. 23), 90, Zitate ebd.; Adam Roeder, *Der Weg des Zentrums*, Berlin 1925; ders., *Der evangelisch soziale Kongress zu Frankfurt am Main*, o.O. 1895; ders., *Der Austritt Stöckers aus der Konservativen Partei*, Karlsruhe 1896.

ausschließlich kapitalistische Interessenpolitik und optierte für eine Stärkung des kleinen und mittleren Bauertums. Er vertrat darüber hinaus die politische Idee des Völkerbundes sowie die Auffassung, dass es sich bei der Republik keineswegs um eine unchristliche Staatsform handele.⁴⁷ Die hier formulierte Grundüberzeugung stellte offensichtlich eine alternative Möglichkeit konservativen politischen Denkens in der Frühphase der Weimarer Republik dar, die sich mit einer gewissen Folgerichtigkeit aus den spezifischen Traditionen des süddeutschen Konservativismus entwickelt hatte.

Parteilich ließ sie sich freilich unter den konfessions- und milieuspezifischen Bedingungen der deutschen Parteienentwicklung zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik nur im Rahmen des politischen Katholizismus realisieren. Diesen Weg mitzugehen, mit anderen Worten: sich einer katholischen Partei anzuschließen, stellte jedoch für die evangelischen Konservativen und namentlich die «Karlisten» nach 1918 noch keine vorstellbare Möglichkeit dar. Grundsätzlich blieben die konfessionellen Schranken, oder anders formuliert: grundsätzlich blieb die Überzeugung von einem spezifisch evangelischen Kulturauftrag, trotz aller Zugeständnisse an den Katholizismus, erhalten – abgesehen davon, dass auch das katholische Milieu weitgehend geschlossen blieb. Diese Schranken vermochte das Ideal politischer Bürgerlichkeit nicht zu überwinden. Erst die Jahre nach den Zweiten Weltkrieg boten in dieser Hinsicht einen neuen Ansatzpunkt. Nicht mehr für die «Karlisten».⁴⁸ Auch darin liegt die Begrenztheit dieses protestantischen Politikversuchs.

«Karlismus». Zur gescheiterten Gründung einer «evangelischen Volkspartei» in der Spätphase des Kaiserreichs

Der Beitrag behandelt die Politisierung einer Gruppe von evangelischen Geistlichen («Karlisten») im Großherzogtum Baden. Enttäuscht von der Politik des regierenden Liberalismus, unternahmen diese Geistlichen den Versuch, eine «evangelische Volkspartei» zu gründen. Die Politik der «Karlisten» zeichnete sich durch eine spezifisch süddeutsche, emanzipatorisch-oppositionelle staatsbürgerliche Grundhaltung aus, die aufgrund ihrer tendenziell demokratischen Ausrichtung weit über das Kaiserreich hinausweist. Der Versuch, ihre «Partei» zwischen Liberalismus, Konservativismus und politischem Katholizismus zu positionieren, blieb aber aufgrund der starren Milieugrenzen des Kaiserreichs zum Scheitern verurteilt. Auch boten die konfessionskulturellen Voraussetzungen noch

⁴⁷ Vgl. Adam Roeder, *Der deutsche Konservatismus und die Revolution*, Gotha 1920, passim. Bemerkenswert ist die scharfe Distanzierung vom Antisemitismus, der selbstverständlich auch im süddeutschen Konservativismus und Katholizismus eine nicht unerhebliche Rolle spielte (ebd., 119f.).

⁴⁸ Zu konfessionsübergreifenden gesellschaftlichen und politischen Ansätzen unter dem Dach einer als christlich gedachten Nation vgl. meinen Beitrag: *Konfessionalisierung der Nation? Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, in: Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Lange-wiesche (Hg.), *Nation und Religion in Europa. Mehrkonfessionelle Gesellschaften im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt/New York 2004, 27–63, hier 55f.; speziell zur parteipolitischen Integration von Protestanten in die Christdemokratie nach 1945: Peter Egen, *Die Entstehung des evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU*, o.O. 1971; vgl. auch Klein, *Westdeutscher Protestantismus* (wie Anm. 1), passim.

keinen Ansatzpunkt für eine konfessionsübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen des «Zentrums». Das Konzept eines demokratischen, christlichen Konservatismus ließ sich in Deutschland erst nach 1945 im Rahmen der CDU realisieren.

«Carlisme». De la création manquée d'un «parti populaire évangélique» en phase tardive de l'Empire allemand

Cet article concerne la politisation d'un groupe d'ecclésiastiques évangéliques («Carlistes») dans le grand-duché de Baden. Déçus par la politique du libéralisme régnant, ils ont tenté de créer un «parti populaire évangélique». La politique des «Carlistes» se distinguait par une attitude civique fondamentale à caractère émancipateur et oppositionnel spécifique à l'Allemagne du Sud, qui en raison de son orientation à tendance démocratique allait largement au-delà de l'Empire. La tentative de positionner leur «parti» entre le libéralisme, le conservatisme et le catholicisme politique était toutefois vouée à l'échec dans les milieux figés de l'Empire. Les conditions préalables de la culture confessionnelle n'offraient pas encore de point de départ pour une collaboration globale au «Centre». Le concept de conservatisme démocratique chrétien n'a pu être concrétisé qu'après 1945 avec la CDU.

«Karlism». On the failure of the «evangelische Volkspartei» (Protestant People's Party), founded in the last years of the German Kaiserreich

This paper examines the politicisation of a group of protestant priests (Karlists) in the Grand Duchy of Baden. Disenchanted with the policies of the reigning liberals, they attempted to create their own party. These Karlists adopted a specifically South German, emancipatory and oppositionist yet bourgeois position, which, given their democratic tendencies, was relevant far beyond the Kaiserreich. The attempt to position their party at the centre between liberalism, conservatism and political Catholicism was doomed to fail, given the rigid lines of division within the Kaiserreich between different social milieux. The cultural conditions were not yet such as to offer an anchor for cross-confessional cooperation in the political centre ground. The concept of a democratic Christian conservatism was only realised in Germany after 1945, through the Christian Democratic Union (CDU).

Schlüsselwörter – Mots clés – Keywords

Politische Pastoren – pasteurs politiques – Political Pastors; Politisch-konfessionelle Milieus – milieux de politique confessionnelle – political-denominational milieux; Liberalismus, kirchlicher und politischer – libéralisme, ecclésiastique et politique – liberalism, ecclesiastical and political; Konservatismus, kirchlicher und politischer – conservatism, ecclésiastique et politique – conservatism, ecclesiastical and political; Politischer Katholizismus – catholicisme politique – political Catholicism; Staatsdotations der Kirchen – dotations étatiques aux églises – state-dotations for the churches; Trennung von Staat und Kirche – séparation entre Etat et Eglise – separation of state and churches; Bürgertum, Bürgerlichkeit – bourgeoisie, caractère bourgeois – bourgeoisie, character bourgeois; Großherzogtum Baden – grand-duché de Baden – Grand Duchy Baden; Politischer Protestantismus – protestantisme politique – political protestantism; Evangelische Parteien – partis évangéliques – evangelical parties.

Frank-Michael Kuhlemann, Professor für Neuere und Neueste Geschichte und Didaktik der Geschichte an der Technischen Universität Dresden.